

# E-Mail-Newsletter

## 11.03.2010

Liebe Mitglieder und Interessierte,

mit diesem E-Mail-Newsletter erhalten Sie die fast letzte Möglichkeit, sich für unsere Tagung am Samstag anzumelden. Außerdem ein Hinweis auf eine Demonstration in Karlsruhe und wie immer die neuesten Meldungen aus dem Flucht- und Asylbereich, Tipps und Termine.

### 1. Plenumssitzung und Tagung am 13. März 2010

Spätentschlossene können sich jetzt noch anmelden.

### 2. Deportation Airpark: Kampagne gegen Abschiebungen

Ein Bündnis verschiedener Initiativen plant für den 8. Mai in Karlsruhe einen Aktionstag gegen Abschiebungen. Im Vorfeld werden am 7. Mai eine Mahnwache vor dem Karlsruher Regierungspräsidium sowie am 27.04. eine Infoveranstaltung zur Kampagne im Karlsruher Jubez stattfinden.

### 3. Abschiebepaxis in Baden-Württemberg

Das Innenministerium B.-W. hat eine kleine Anfrage von SPD und Grünen beantwortet.

### 4. Save Me Karlsruhe

Der Karlsruher Gemeinderat hat sich für die Aufnahme von Flüchtlingen im Rahmen eines Resettlementprogrammes ausgesprochen.

### 5. Hamburg: Jugendlicher erhängt sich in Abschiebehäft

Pro Asyl protestiert angesichts dieses tragischen Falles gegen die Inhaftierung von Minderjährigen. Der Hamburger Innensenator will zukünftig keine jugendlichen Flüchtlinge mehr in Abschiebehäft nehmen.

### 6. In Deutschland knapp 124.000 Menschen mit geduldetem oder gestattetem Aufenthalt

Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Fraktion Die Linke hervor.

### 7. VG Halle: Gebühren für Reiseerlaubnis bei Geduldeten sind rechtswidrig

Das Verwaltungsgericht Halle hat in einem Urteil die Erhebung von Verwaltungsgebühren für die Erteilung einer Reiseerlaubnis an Asylsuchende für rechtswidrig erklärt.

### 8. Termine

Mit herzlichem Gruß  
Reiner Klass

### 1. Plenumssitzung und Tagung am 13. März 2010

Kurzentschlossene bitten wir um ihre schnelle Anmeldung: Am 13. März findet das erste Plenum des Flüchtlingsrates Baden-Württemberg in Stuttgart, Friedensgemeindehaus, Schubartstraße 14, statt. Im Anschluss an die verschiedenen Berichte von Vorstand und Geschäftsstelle wird uns Andreas Linder über die Passagen des Stockholmer Programms, die die Flüchtlingsarbeit tangieren, informieren. Abgerundet wird das Programm durch drei Arbeitsgruppen zu den Themen Unterbringung von Flüchtlingen, Situation der Roma aus dem Kosovo in Deutschland und Resettlement.

[Programm und Anmeldung.](#)

## 2. Deportation Airpark: Zentrale Demonstration gegen Abschiebungen am 8. Mai 2010, 14.00 Uhr, Karlsruhe

Den [Aufruf](#) für die Teilnahme an der zentralen Demo und zur Kampagne, die sich gegen Abschiebungen vom Baden Airpark und insbesondere gegen Abschiebungen von Roma ins Kosovo richtet, haben wir als pdf-Datei diesem Newsletter beigefügt. Bereits zuvor finden am 27.04.2010 um 20 Uhr im Jubeez Karlsruhe, Kronenplatz 1, eine Veranstaltung zur Kampagne sowie am 7. Mai ab 7.30 Uhr eine Mahnwache vor dem Karlsruher Regierungspräsidium, Schlossplatz 1-3 statt.

Weitere Infos zur Kampagne, den Veranstaltungen und zur Demonstration finden Sie in Kürze auch unter [www.deportationairpark.blogspot.de](http://www.deportationairpark.blogspot.de).

## 3. Abschiebepaxis in Baden-Württemberg

Das Innenministerium B.-W. hat eine kleine Anfrage der Grünen beantwortet. Die Antworten fallen leider relativ knapp aus und mit dem Verweis, dass viele der gewünschten Zahlen zu Abschiebungen nicht landesweit erfasst würden.

Zwischen 2007 und 2009 wurden ab Flughafen Söllingen 1.031 Personen nach Pristina abgeschoben. Abschiebungen aus Baden-Württemberg erfolgten in 70 Zielländer. Eine genauere Aufschlüsselung bundesweiter Zahlen zu Abschiebungen [2007](#), [2008](#), [2009](#) gibt es in Antworten der Bundesregierung auf Kleine Anfragen der Partei die Linke.

Die Antwort des IM BW haben wir als pdf-Datei ("2010-03-08 kA Grüne Abschiebepaxis BaWü.pdf") an diesen Newsletter angehängt.

## 4. Save Me Karlsruhe

Der Karlsruher Gemeinderat hat sich für die Aufnahme von Flüchtlingen im Rahmen eines Resettlementprogrammes ausgesprochen. Der Beschluss lautet:

"1. Der Gemeinderat der Stadt Karlsruhe setzt sich beim Deutschen Städtetag dafür ein, dass die Bundesregierung ein kontinuierliches "Resettlement-Programm" entsprechend den Vorschlägen des UNHCR zur Aufnahme von Flüchtlingen beschließt.

2. Damit dieses Programm nach Beschluss der notwendigen rechtlichen Rahmenbedingungen durch die Bundesregierung zügig umgesetzt werden kann, erarbeitet die Stadt Karlsruhe gemeinsam mit einschlägigen Organisationen und Einrichtungen in Karlsruhe ein Konzept zur Integration der Flüchtlinge in die neue Lebenswelt und stellt dieses Konzept in den zuständigen Fachgremien vor. Dabei wird auf die Mitarbeit von Patinnen und Paten zur persönlichen Unterstützung der Flüchtlinge besonderen Wert gelegt."

Dem Gemeinderat wurden zwei Anträge zur Abstimmung vorgelegt: Im von SPD, Grünen, Linken u. a. vorgelegten Antragspapier wurde eine konkrete Zahl (300) genannt. Dem wollte die Mehrheit des Rates aber nicht folgen. Nun soll zunächst das o. g. "Konzept" erstellt werden, mit dem festgestellt werden soll, welche Aufnahmekapazitäten in der Stadt vorhanden sind.

## 5. Hamburg: Jugendlicher erhängt sich in Abschiebehaf

In Hamburg hat sich ein junger Flüchtling (er galt zunächst als minderjährig; inzwischen wird das aber von der georgischen Botschaft bestritten, siehe z. B. [Spiegel Online](#)) aus Georgien erhängt, bevor er im Rahmen des Dubliner Übereinkommens nach Polen rücküberstellt werden sollte. Der junge Mann war ins Krankenhaus gekommen, weil er aus Protest gegen seine Überstellung in Hungerstreik getreten war. [U. a. berichtete die taz darüber am 9. März.](#)

[Pro Asyl](#) hat angesichts dieses tragischen Falles gegen die Inhaftierung von Minderjährigen protestiert und die lückenlose Aufklärung dieses Falles gefordert. Der Hamburger Innensenator Ahlhaus - im letzten Jahr noch von den Jugendlichen ohne Grenzen zum "Abschiebeminister 2009" gewählt - will, so berichtet der

[Spiegel](#), zukünftig grundsätzlich auf Abschiebehaft bei minderjährigen Flüchtlingen verzichten.

## 6. In Deutschland knapp 124.000 Menschen mit geduldetem oder gestattetem Aufenthalt

Berlin: (hib/STO/BOB) In Deutschland haben Ende vergangenen Jahres 123.958 Menschen gelebt, deren Aufenthalt lediglich geduldet oder gestattet wurde. Auf diese im Ausländerzentralregister zum 31. Dezember 2009 gespeicherten Angaben verweist die Bundesregierung in ihrer Antwort ([17/764](#)) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke ([17/635](#)). Danach lebten 60.694 der genannten Ausländer länger als sechs Jahre in der Bundesrepublik.

Insgesamt 37.094 Personen wurden laut Bundesregierung von den Ländern gemeldet, die bis Ende 2009 eine Aufenthaltserlaubnis im Rahmen der gesetzlichen Altfallregelung haben. Dabei lagen der Regierung den Angaben zufolge von vier Ländern nur Zahlen zum Stand 30. September 2009 vor.

## 7. VG Halle: Gebühren für Reiseerlaubnis bei Geduldeten sind rechtswidrig

Das Verwaltungsgericht Halle hat in einem Urteil die Erhebung von Verwaltungsgebühren für die Erteilung einer Reiseerlaubnis an Asylsuchende für rechtswidrig erklärt: Wenn ein geduldeter Ausländer seinen Aufenthaltsort zeitweise verlassen möchte, muss er dafür keine Gebühr bezahlen. In Halle hatte ein Mann aus Togo gegen den ehemaligen Saalkreis geklagt. Die dortige Ausländerbehörde hatte von ihm 2007 für jeden Antrag auf Verlassen des Kreises zehn Euro verlangt. Dafür fehlt aber nach Aussage der Richter eine Rechtsgrundlage: Es gebe bundesweit keine gesetzliche Regelung dafür, dass solche Gebühren erhoben werden dürfen.

Diese Entscheidung ist auch für Flüchtlinge in Baden-Württemberg interessant, denn auch hier ist bei verschiedenen Ausländerbehörden die Erhebung von Gebühren für die Erteilung einer Reiseerlaubnis gängige Verwaltungspraxis.

## 8. Termine

### Plenen des Flüchtlingsrates Baden-Württemberg in Stuttgart, Friedengemeindehaus:

13.03.2010 (siehe Punkt 1)

12.06.2010

23.10.2010

**Fortbildungsprogramm des Flüchtlingsrates Baden-Württemberg:** Unsere Referentinnen und Referenten kommen mit ihren Vorträgen gerne zu einem vereinbarten Termin zu Ihnen. Auf unserer Website finden Sie eine [Übersicht über die Veranstaltungen](#), die wir anbieten. Darüber hinaus sind wir für die Durchführung weiterer Vorträge/Veranstaltungen offen. Bitte melden Sie sich bei Interesse bei der Geschäftsstelle des Flüchtlingsrates.

### Weitere Termine in Baden-Württemberg

18.03.2010, 19.30 Uhr, **Schwäbisch Hall**, Kleiner Theatersaal im Schlachthaus: Heiko Kauffmann: 20 Jahre UN-Kinderrechtskonvention: Kinderrechte in Deutschland für alle Kinder? Auch für Flüchtlingskinder?!

[Weitere Infos.](#)

20.03.2010, 10 Uhr, Holzmarkt, **Tübingen**: Protestaktion: Keine Abschiebung von Roma ins Kosovo.

21.03.2010, 14 Uhr, ab **Epple-Haus, Tübingen**: Fahrt zur Gedenkstätte Grafeneck. Besuch und Führung durch die Gedenkstätte für ehrenamtliche MitarbeiterInnen. Etwa 40 km von Tübingen entfernt, weit abgeschieden auf der Schwäbischen Alb, liegt Schloss Grafeneck. Heute befindet sich dort eine Einrichtung für Menschen mit Behinderungen. Genau dort wurden im Jahr 1940 über 10.600 Menschen in einer Gaskammer ermordet. Die Opfer waren hauptsächlich Menschen mit geistigen Behinderungen und psychischen Krankheiten. Was ist damals passiert? Wer waren die Opfer? Wer waren die Täter? Wie geheim

waren die Morde? Gab es Widerstand? Wurden die Täter bestraft? Wie wurde und wird mit der Erinnerung an die Verbrechen umgegangen? Bei der ca. 2 stündigen Führung wird es um diese und andere Fragen gehen. Anmeldung per Mail beim [Asylzentrum](#)

27.04.2010, 20 Uhr, Jubez **Karlsruhe**, Kronenplatz 1: Veranstaltung zur Kampagne "Deportation Airpark" gegen Abschiebungen vom Baden-Airpark.

07.05.2010, ab 7.30 Uhr, **Karlsruhe**: Mahnwache im Rahmen der Kampagne "Deportation Airpark" vor dem RP Karlsruhe, Schlossplatz 1-3.

08.05.2010, 14 Uhr, **Karlsruhe**: "Deportation Airpark - Kampagne gegen Abschiebungen". Zentrale Demonstration gegen Abschiebungen. Siehe Punkt 2 dieses E-Mail-Newsletters.

### **Sonstige Termine, bundesweit:**

12.-14.04.2010, Ev. Akademie Hofgeismar: Betreuung von Unbegleiteten Minderjährigen Flüchtlingen in Deutschland. 14. Frühjahrstagung Bundesfachverband UMF. Anmeldung und weitere Infos: Bundesfachverband UMF, H. Espenhorst, Tel.: 089 202414-13. [Zum Programm.](#)

04.-06. Juni 2010: Karawane-Festival in **Jena**: "Vereinigt gegen koloniales Unrecht - In Erinnerung an die Gestorbenen der Festung Europa". [Weitere Infos.](#)

15.03.2010-28.03.2010: [Internationale Wochen gegen Rassismus.](#)

20.06.2010: Weltflüchtlingstag

26.06.2010: Internationaler Tag zur Unterstützung der Folteropfer

20.09.2010: Weltkindertag

26.09.2010-02.10.2010: [Interkulturelle Woche](#)

01.10.2010: Tag des Flüchtlings

25.11.2010: Internationaler Tag "Nein zu Gewalt an Frauen"